

Rede des Bundespräsidenten zum Festakt in der Paulskirche
„100 Jahre Grundschule – 50 Jahre Grundschulverband“

„Liebe Lehrerinnen und Lehrer, ich habe einen Riesenrespekt vor Ihrer Arbeit ...“



Vor hundert Jahren, nach dem Ersten Weltkrieg und der Revolution von 1918/19, wurde in Deutschland Wirklichkeit, wofür Pädagogen und Bildungsreformer lange gekämpft hatten: Die Weimarer Nationalversammlung verankerte die allgemeine Schulpflicht in der Verfassung der ersten deutschen Demokratie, und sie kündigte in Artikel 146 eine „für alle gemeinsame Grundschule“ an.

Was die Nationalversammlung damals in nüchterner Sprache festschrieb, war nicht weniger als eine demokratische Revolution auch in der Schulpolitik. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte sollten alle Kinder gemeinsam in die Schule gehen, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung oder dem Religionsbekenntnis ihrer Eltern.

Endlich sollte Schluss sein mit der Standesbildung des Kaiserreichs, wo Kinder aus wohlhabenden Schichten auf Vorschulen, Privatschulen oder von Hauslehrern aufs Gymnasium vorbereitet worden waren, während, wie es damals hieß, Armeleutekinder die Volksschulbank drückten, oft getrennt nach Geschlecht oder Konfession.

Kein Wunder also, dass die Schulpolitik zu Beginn der Weimarer Republik genauso heftig umstritten war wie die Demokratie selbst. Im Kulturkampf um die Grundschule spiegelte sich die ganze Zerrissenheit der damaligen Gesellschaft: Das Zentrum wollte die Konfessionsschulen erhalten; Konservative liefen Sturm gegen das, was man damals Einheitsschule nannte; Eltern aus der Oberschicht setzten alles in Bewegung, um ihre Kinder dort nicht einschulen zu müssen.

Ich finde, es ist ein unschätzbare Verdienst der führenden Bildungspolitik der Weimarer Koalition, dass sie da-

mals um Kompromisse rangen und die gemeinsame Grundschule durchsetzen konnten, allen Widerständen zum Trotz.

Denn nun kamen, zumindest in den vier untersten Klassen – und so ist es in den meisten Bundesländern bis heute –, plötzlich Kinder aus den verschiedensten Elternhäusern zusammen. Kinder, die vorher oft nichts miteinander zu tun gehabt hatten. Und ich könnte mir vorstellen, dass das, was wir heute gern Heterogenität nennen, für die Lehrer schon damals eine Riesenherausforderung war. Die Grundschule der Weimarer Republik wurde jedenfalls zu einer anderen Schule, in der damals, in den 1920er-Jahren, auch viele neue Unterrichtsformen ausprobiert wurden.

Kaum jemals in der deutschen Bildungsgeschichte war die Debatte um neue Schulformen und um neue pädagogische Ansätze so lebendig und kreativ wie in diesen Jahren. Heutige Bildungsreformdebatten gründen im Grunde genommen immer noch auf der Debatte der Zwanzigerjahre.

Viele Demokraten knüpften damals große Hoffnungen an diese Bildungsreform und an die Gemeinschaftsschule. Sie wollten den Zusammenhalt in der tief gespaltenen Gesellschaft stär-

ken, Fundamente für ein demokratisches Miteinander legen. Und sie wollten mehr Gerechtigkeit im Bildungswesen schaffen. Auch nach der Grundschule sollte die Schullaufbahn von „Anlage und Neigung“ abhängen, nicht von der Herkunft oder dem Bekenntnis der Eltern.

„Freie Bahn jedem Tüchtigen“, das war der Slogan, der heute ein bisschen old-school klingt, damals aber – im Kampf gegen Standesprivilegien – geradezu revolutionär war.

Die Grundschule für alle war damals der Versuch, jedem einzelnen Kind, aber auch der jungen deutschen Demokratie den Weg in eine erfolgreiche Zukunft zu ebneten. Sie zählt zu den großen demokratischen Errungenschaften des Jahres 1919. Sie steht für den Aufbruch in eine gerechtere Gesellschaft, genauso wie das Frauenwahlrecht oder die Betriebsverfassung.

Ihre Gründung vor hundert Jahren ist auch den vielen Vordenkern und Vorkämpfern zu verdanken: von Johann Comenius, Wilhelm von

„Die Grundschule für alle war damals der Versuch, jedem einzelnen Kind, aber auch der jungen deutschen Demokratie den Weg in eine erfolgreiche Zukunft zu ebneten.“

Humboldt und Adolph Diesterweg bis hin zu den deutschen Lehrern, die sich während der Revolution von 1848 organisierten und eine Petition hier an das Paulskirchenparlament richteten.

Ich finde, wir sollten dieses historische Erbe in Erinnerung behalten, und wir sollten auf ihm aufbauen, wenn wir heute über neue Herausforderungen und neue Chancen für die Grundschule diskutieren. Auch deshalb freue ich mich, heute Mittag bei Ihnen zu sein, hier an

diesem bedeutenden Ort, dem überragenden Symbol unserer Freiheits- und Demokratiegeschichte. Herzlichen Dank für die Einladung. Und – von uns allen – einen herzlichen Dank an die, die vor hundert Jahren Bildungs- und Gesellschaftsgeschichte neu geschrieben haben.

Wir feiern heute gleich noch ein zweites Jubiläum: Vor 50 Jahren gründeten Pädagogen und Eltern hier in Frankfurt den Arbeitskreis Grundschule, den heutigen Grundschulverband, und vor 50 Jahren veranstalteten sie hier in dieser Stadt ihren ersten Fachkongress.

Auch dieses zweite Jubiläum erinnert an eine Zeit des Aufbruchs, an die Bundesrepublik der 1960er-Jahre, als Georg Picht vor einer Bildungskatastrophe warnte, Ralf Dahrendorf das Bürgerrecht auf Bildung einklagte, als in Bund und Ländern Bildungsreformen in Gang kamen, die Studentenbewegung mehr Mitbestimmung an den Hochschulen forderte und Willy Brandt mehr Demokratie in Deutschland wollte.

In diesem gesellschaftlichen Klima entstand auch Ihr Verband, eine bundesweite Bewegung, die die Bedeutung wie die Reformbedürftigkeit der Grundschule ins Licht der Öffentlichkeit rückte. Jedes einzelne Kind so früh wie möglich fördern; logisches Denken schulen; Demokratie lernen, das waren damals die großen Ziele, die unverändert aktuell geblieben sind.

Ihr Verband hat seit seiner Gründung maßgeblich mitgeholfen, Unterricht und Lehrerbildung zu modernisieren und frischen Wind in die Klassenzimmer zu bringen. Es ist auch Ihrem Engagement zu verdanken, dass die Grundschule in

„Ihr Verband hat seit seiner Gründung maßgeblich mitgeholfen, Unterricht und Lehrerbildung zu modernisieren und frischen Wind in die Klassenzimmer zu bringen. Es ist auch Ihrem Engagement zu verdanken, dass die Grundschule in der Bundesrepublik zu einer wirklichen Erfolgsgeschichte werden konnte.“

der Bundesrepublik zu einer wirklichen Erfolgsgeschichte werden konnte. Sie ist bis heute ein innovativer Lernort, und sie ist zugleich eine stabile, verlässliche Institution, die niemand ernsthaft infrage stellt.

Denn auch wenn die hitzigen schulpolitischen Debatten in unserem Land manchmal vielleicht einen anderen Eindruck erwecken: Die ganz, ganz große Mehrheit der Deutschen hat Vertrauen in die Institution Grundschule. Und das ist in der heutigen Zeit ganz bestimmt keine Selbstverständlichkeit.

Das große Versprechen der Weimarer Verfassung, eine für alle gemeinsame Grundschule zu schaffen, ist heute an vielen Orten in unserem Einwanderungsland erfüllt. Wie an keiner anderen staatlichen Institution kommen hier Kinder unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion, Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten, Kinder mit und ohne Behinderung, zusammen, um miteinander und voneinander zu lernen.

Die allermeisten Grundschulen in unserem Land sind seit vielen Jahren

ein Ort, an dem das Miteinander ganz verschiedener Menschen Tag für Tag gelingt. Sie erleben das täglich, und ich habe es bei meinen vielen Schulbesuchen zwischen Flensburg, Greifswald und Berchtesgaden auch erlebt.

Und die Grundschulen leisten dabei unglaublich viel. Sechs- bis Zehnjährige mit den unterschiedlichsten Startvoraussetzungen lernen hier Lesen, Schreiben und Rechnen – oft schon schwierig genug. Aber sie lernen hier eben auch, mit kultureller und individueller Verschiedenheit umzugehen, einander zuzuhören und Konflikte zu lösen. Sie lernen sich zu artikulieren, zu argumentieren, digitale Technik zu beherrschen, Verantwortung für sich und Verantwortung für andere zu übernehmen.

An den Grundschulen in unserem Land werden die Grundlagen gelegt für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Und, nicht weniger wichtig: Hier werden auch die Weichen gestellt für die Zukunft unserer Demokratie. Was an den Grundschulen geschieht, das geht uns alle an – als Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Großeltern, aber eben auch als Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb bin ich Ihnen dankbar, dass Sie an diesem Wochenende über die Grundschule der Zukunft diskutieren wollen. Und ich wünsche mir, dass nach 1969 auch in diesem Jahr wieder ein ganz starkes Signal von Ihrem Kongress hier in Frankfurt ausgehen wird.

Und es muss ein lautes Signal sein, ein Signal, das gehört wird in unserem Land. Denn die Befunde signalisieren vieles, nur nicht entspannte Normalität. Wir



wissen: Grundschulen in unserem Land haben heute mit großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen. Migration, Inklusion, soziale Polarisierung, eine sich wandelnde Arbeitswelt – all das hat den Unterricht in den vergangenen Jahren noch vielschichtiger und oft auch schwieriger gemacht.

Und die Arbeit an den Schulen wird nicht leichter, wenn Stellen unbesetzt bleiben, weil es zu wenig Lehrerinnen und Lehrer gibt. Und die Arbeit wird auch nicht leichter, wenn Schulgebäude marode sind und es an Geld für Sozialarbeit oder Ganztagsbetreuung fehlt.

Hinzu kommt, dass die öffentliche Debatte über

die Grundschule heute oft emotional geführt wird. Und das ist kein Wunder in diesen Zeiten, in denen für viele alte Gewissheiten ins Wanken geraten und Abstiegsängste um sich greifen. Viele Eltern und Großeltern sorgen sich um die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder, und ihre Sorgen werden nicht kleiner, wenn Bildungsforscher feststellen, dass die Leistungen von Viertklässlern schlechter geworden sind.

Aber es hilft nicht weiter, wenn die Debatte umschlägt in schrillen Alarms. Statt in Bildungsangst zu verfallen – wie Heinz Bude es genannt hat –, ideologische Kämpfe auszutragen oder den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben, sollten wir uns ganz genau anschauen, was an unseren Grundschulen los ist und was Kinder dort wirklich brauchen. Es ist gut, Probleme offen und klar zu benennen. Aber es ist noch wichtiger, mit Sachverstand zu diskutieren, was wir brauchen, um sie zu lösen.

Es gibt Grundschulen in Deutschland, an denen die Verschiedenheit in den Klassenzimmern stark zugenommen hat. Wenn Kinder dort eingeschult werden, dann können manche schon lesen und schreiben, schwimmen und ein Instrument spielen; andere können kaum einen Stift halten oder sprechen schlecht Deutsch; wieder andere können sich nicht konzentrieren oder müssen erst lernen, Rücksicht zu nehmen.

Manche Eltern leben ihren Kindern eine positive Haltung zum Lernen und zur Leistung vor, unterstützen bei den

Hausaufgaben, engagieren sich in der Schule; andere mischen sich vielleicht sogar zu viel in den Unterricht und die schulischen Abläufe ein; wieder andere können ihren Kindern gar nicht helfen oder ziehen sich aus Gründen, die wir nicht immer kennen, ganz zurück.

In solchen Klassen jeder Schülerin und jedem Schüler einzeln gerecht zu werden; Flüchtlingskindern die Ankunft zu erleichtern; Sprachdefizite, aber auch andere Benachteiligungen auszugleichen; die Leistungsstarken zu motivieren und die

Klassengemeinschaft zu stärken; eng mit Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten und Brücken zu den Eltern

zu bauen – das ist wahrhaftig eine gewaltige Aufgabe.

Und es ist klasse, wie Lehrerinnen und Lehrer dieses Multitasking Tag für Tag bewältigen! Aber wir dürfen nicht zulassen, dass sie sich überfordert und alleingelassen fühlen. Sie brauchen mehr Zeit, mehr gute Fortbildungen – und sie brauchen vor allen Dingen mehr personelle Unterstützung.

Es gibt in unserem Land aber auch Grundschulen, an denen die Schülerschaft nicht vielfältiger, sondern im Gegenteil einheitlicher geworden ist. Hier spiegelt sich die wachsende soziale Trennung in vielen Großstädten wider. Denn wir erleben ja, wie die Zahl der Viertel wächst, in denen vor allem Familien mit geringen Einkommen und oft auch viele Zuwanderer mit ihren Kindern leben, während in anderen Stadtteilen, manchmal nur einen Straßenzug weiter, die Kinder aus wohlhabenden Schichten auch zunehmend unter sich bleiben.

An manchen Orten in unserem Land ist die Grundschule eben jetzt schon keine für alle gemeinsame Schule mehr. In manchen Klassen sind heute Kinder in der Mehrheit, die aus bildungsarmen Familien kommen oder zu Hause nie oder nur selten Deutsch sprechen. Und oft fehlt es gerade diesen Schulen an Geld, um ihre Schüler bestmöglich zu fördern; oft haben sie es auch besonders schwer, Lehrerinnen und Lehrer für sich zu gewinnen.

Diese Schulen müssen am meisten leisten, und deshalb müssen wir sie

auch am meisten unterstützen! Sie brauchen die besten Lehrkräfte, gute Ganztagsangebote und intensive Sprachförderung. Wir müssen diese Schulen durch vielfältige Lernangebote attraktiver machen – für Lehrer, aber auch für Eltern aus Mittelschichten, damit auch sie ihre Kinder dort weiter einschulen. Denn ich finde, wir dürfen den Anspruch nicht aufgeben, eine für alle gemeinsame Grundschule zu schaffen – und da, wo sie besteht, auch zu erhalten.



Auch hundert Jahre nach der Gründung der Grundschule in der Weimarer Republik geht es in Deutschland noch immer darum, mehr Chancengerechtigkeit zu verwirklichen. Noch immer hängt der Bildungserfolg in unserem Land zu stark von sozialer Herkunft ab, mehr als in vielen anderen industrialisierten Staaten.

Und es sind gerade die Grundschulen, die wir stärken müssen, wenn wir diese Ungleichheiten bei den Chancen wirklich abbauen wollen. Denn was Kinder in den ersten Lebensjahren nicht lernen, das können sie später kaum wieder ausgleichen; wer hier in Rückstand gerät, der bleibt oft abgehängt. Chancengerechtigkeit können wir deshalb nur erreichen, wenn wir schon früh ausgleichen, was in manchen Elternhäusern nicht vermittelt wird oder aber auch nicht vermittelt werden kann.

Wir dürfen nicht zulassen, dass schon in den Vor- und Grundschuljahren Klassenunterschiede im engeren Sinn entstehen oder sich verfestigen. Es darf nicht sein, dass die Postleitzahl in unse-

rem Land Auskunft darüber gibt, welche Bildung ein Kind erhält.

Wir brauchen überall gute Grundschulen, im Osten und im Westen, in der Stadt und auf dem Land, in ärmeren und in reicheren Vierteln. Und wir brauchen ausreichend, und das heißt: wir brauchen insgesamt mehr Grundschullehrerinnen und -lehrer. Die Statistiken über steigende Schülerzahlen, die zuletzt veröffentlicht worden sind, sprechen eine eindeutige Sprache. Wenn der Staat solche Prognosen bereitstellt, dann muss er auch in der Lage sein, daraus Schlüsse zu ziehen für den Bedarf an Lehrkräften.

Wir müssen mehr investieren in die Grundschulen von morgen. Aber wir müssen auch von den vielen Grundschulen in diesem Land lernen, die jetzt schon ihre Freiräume sehr erfolgreich nutzen, die den Mut haben, neue Wege zu gehen.

Viele haben längst auf den Wandel in ihrer Region oder in ihrem Stadtviertel reagiert. Viele haben ihren Unterricht und ihre Schule weiterentwickelt, oft unter schwierigen Bedingungen, aber mit einer Fülle von Ideen und ganz viel Engagement. Sie haben Unterrichtsstrukturen aufgebrochen; eine Kultur der Anerkennung und ein freundliches Schulklima geschaffen; starke Teams gebildet und sich mit Bibliotheken, Museen, Orchestern und Opern zusammengetan.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren habe ich Schulen, auch Grundschulen an vielen Orten in unserem

Land besucht, von Berlin-Kreuzberg bis nach Mannheim, von Greußen in Thüringen bis nach Bottenbach in Rheinland-Pfalz.

Und ich habe gesehen: Schulleiterinnen und Schulleiter, Pädagoginnen und Pädagogen, Schulpsychologen und Sozialarbeiter, Köchinnen und Köche, Hausmeister leisten dort Tag für Tag großartige Arbeit. Und oft werden sie dabei auch unterstützt, in manchen Städten großartig unterstützt – von Eltern und der Jugendhilfe, von Vereinen, Stiftungen und Unternehmen. Allen,

die sich für gute Grundschulen engagieren, gilt mein herzlichster Dank!

Aber ganz besonders möchte ich heute den Lehrerinnen und Lehrern danken. Denn wir wissen: Sie sind es, auf die es vor allem ankommt. Sie machen oft den Unterschied. Überall in unserem Land geben Grundschullehrerinnen und -lehrer unseren Kindern täglich neues Selbstvertrauen, wecken ihre Talente, machen sie stark für ihren Lebensweg. Und oft stecken sie mehr Zeit und Kraft in ihre Arbeit, als im Dienstplan eigentlich vorgesehen ist.

Grundschullehrer, das ist einer der wichtigsten, einer der anspruchsvollsten Berufe, die wir haben. Aber Sie werden mir hoffentlich trotzdem zustimmen: Es ist auch einer der schönsten Berufe.

Wir träumen immer noch etwas von der Wertschätzung, die Lehrerinnen und Lehrer in anderen Ländern – wie Finnland – erfahren. Aber ich will Ihnen

sagen: Verdient haben Sie sie auch bei uns in Deutschland!

Liebe Lehrerinnen und Lehrer, ich habe einen Riesenrespekt vor Ihrer Arbeit, und ich weiß, dass es unzähligen Menschen in unserem Land genauso geht. Es wird gesehen, was Sie leisten, und es wird respektiert. Und ich danke Ihnen für Ihren großen Einsatz, für Ihre Leidenschaft, für Ihre Geduld. Und ich würde mich freuen, wenn dieser Dank in allen Lehrerzimmern unseres Landes ankommt.

Mir ist heute aber auch ein Signal an die ganze Gesellschaft wichtig. Gerade weil uns die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer so am Herzen liegen, müssen wir ihnen den Rücken stärken. Wir müssen sie unterstützen, wir dürfen sie auch nicht überhäufen mit immer neuen Ansprüchen und Erwartungen, und wir müssen ihnen Hilfe anbieten, wenn sie in den Klassenzimmern mit Kulturkonflikten konfrontiert sind oder wenn auf Schulhöfen schon bei den Jüngsten Ausgrenzung und Gewalt um sich greifen. Hier tragen wir alle Verantwortung: als Eltern, als Nachbarn, als Bürgerinnen und Bürger!

Hundert Jahre Grundschule, fünfzig Jahre Grundschulverband, das ist, trotz vieler Herausforderungen, trotz vieler Probleme, ein Grund zum Feiern. Lassen Sie uns gemeinsam anpacken, damit diese Institution Grundschule auch in Zukunft bleiben kann, was sie 1919 noch werden sollte: eine Schule der Demokratie.

Herzlichen Dank. ▣

„Es darf nicht sein, dass die Postleitzahl in unserem Land Auskunft darüber gibt, welche Bildung ein Kind erhält.“

